

V07 Der NSU-Terror braucht ein würdiges Erinnern - auch in NRW

Antragsteller*in: Sven Lehmann (KV Köln)

Tagesordnungspunkt: 9. Verschiedenes

Antragstext

1 Die Mordserie des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und das
2 Staatsversagen bei dessen Verfolgung und Aufklärung ist eines der dunkelsten
3 Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte und stellt eine tiefe Zäsur dar.

4 Die drei rechtsextremen Haupttäter*innen ermordeten zwischen 2000 und 2007 neun
5 Menschen mit Migrationsgeschichte und eine Polizistin, verübten 43 Mordversuche,
6 drei Sprengstoffanschläge und 15 Raubüberfälle. Das Umfeld an Beteiligten und
7 vernetzten Unterstützer*innen wird auf 100 bis 200 Personen geschätzt, darunter
8 V-Personen und Funktionäre rechtsextremer Parteien.

9 Viele dieser schrecklichen Taten fanden auch in NRW statt. In der Kölner
10 Innenstadt wurde 2001 eine 19-jährige Deutsch-Iranerin bei einem Anschlag auf
11 das Kölner Lebensmittelgeschäft ihrer Eltern schwer verletzt. Drei Jahre später
12 verübte der NSU in Köln-Mülheim einen Nagelbombenanschlag, bei dem über 20
13 Menschen mit meist türkischer Migrationsgeschichte teils schwer verletzt wurden.
14 2006 ermordete der NSU den Dortmunder Kioskbesitzer Mehmet Kubaşık.

15 Rassistische Motive bei den Taten wurden von den Ermittlungsbehörden lange Zeit
16 negiert und noch Mitte der 2000er Jahre wurde vom Verfassungsschutz beteuert,
17 dass es so etwas wie eine "braune RAF" in Deutschland nicht gebe. Eine
18 dramatische Fehleinschätzung. Auch nach Bekanntwerden der schrecklichen
19 Verbrechen blendeten die Ermittler*innen und ein Großteil der Öffentlichkeit die
20 rechtsextremen Hintergründe über viele Jahre weitgehend aus und suchten die
21 Täter*innen stattdessen im Umfeld der Opfer. Eine unerträgliche und bis heute
22 schmerzhaft Stigmatisierung derer, denen gerade erst Schlimmstes widerfahren
23 war.

24 Dieses Handeln hat das Vertrauen vieler Menschen in die Ermittlungsbehörden und
25 unseren Staat tief erschüttert. Und ausgerechnet als der Öffentlichkeit das
26 Ausmaß der jahrelangen Mord- und Anschlagsserie offenbar wurde, vernichteten
27 Beamte*innen des Verfassungsschutzes in Bund und Ländern relevante Akten und
28 behinderten so die Aufklärung, die wir den Opfern und Angehörigen schuldig sind.

29 Trotz der historischen Anzahl von 15 parlamentarischen Untersuchungsausschüssen
30 auf Bundes- und Landesebene und des Prozesses gegen fünf Angeklagte bleiben noch
31 immer zahlreiche Fragen unbeantwortet. Auch 13 Jahre nach der Aufdeckung des
32 "Kerntrios" ist die Aufklärung des NSU-Komplexes noch nicht abgeschlossen. Die
33 Netzwerke des NSU, die Rolle von V-Personen und die Kenntnisse von
34 Sicherheitsbehörden in Bund und Ländern - all dies liegt weiterhin zu Teilen im
35 Dunkeln.

36 Der Terror des NSU war eindeutig rassistisch motiviert und ein schwerwiegender
37 Angriff auf unsere vielfältige Gesellschaft und unser demokratisches
38 Miteinander. Der Schmerz, der Verlust und die Stigmatisierung, die den
39 Betroffenen zugefügt wurde, ist unermesslich und wirkt bis heute nach. Daraus

40 erwächst eine immense politische Verantwortung für die Gegenwart und Zukunft.

41 Wir GRÜNE NRW stellen uns dieser Verantwortung.

42 Die Bundesregierung hat 2022 den Nationalen Gedenktag für die Opfer
43 terroristischer Gewalt für den 11. März eingeführt, der auch an die Opfer der
44 NSU erinnert. In diesem Jahr konnten wir dieses Gedenken bereits zum dritten Mal
45 begehen. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Tag auch auf Landes- und
46 kommunaler Ebene mit Leben gefüllt wird.

47 Gerade in Zeiten, in denen die Bedrohung vor allem durch rechtsextremistische,
48 rassistische und antisemitische Gewalt wächst, braucht es eine konsequente
49 Aufarbeitung und vollständige Aufklärung der Verbrechen. Wir betrachten dies als
50 eine zentrale staatliche Aufgabe und auch als einen wichtigen Beitrag bei der
51 Prävention von rechtsextremistischen Taten. Denn nur durch eine vollständige
52 Aufklärung kann die gesellschaftliche Sensibilität für gruppenbezogene
53 Menschenfeindlichkeit erhöht werden.

54 Bis heute sind die Dokumentation der Verbrechen des NSU und das Gedenken an die
55 Opfer nicht ausreichend in der Bundesrepublik und in NRW verankert. Diese Lücke
56 muss geschlossen werden. Wir GRÜNE NRW begrüßen, dass die Ampel-Koalition im
57 Bund sich in ihrem Koalitionsvertrag darauf verständigt hat, die Aufarbeitung
58 energisch voranzutreiben und ein Archiv zu Rechtsterrorismus in Zusammenarbeit
59 mit betroffenen Bundesländern auf den Weg zu bringen.

60 Damit folgt die Koalition der jahrelangen Forderung von Opfern und Angehörigen.
61 Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie der Bundeszentrale für politische Bildung
62 wurden zudem wichtige Kriterien für ein Dokumentationszentrum des Bundes für die
63 Opfer des NSU erarbeitet. Dazu gehört, dass dieses Dokumentationszentrum das
64 umfassende Staatsversagen thematisiert, Orte des würdigen Gedenkens schafft und
65 Bildungsangebote zur Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland
66 bereitstellt. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung gemeinsam mit dem Freistaat
67 Sachsen und der Stadt Chemnitz bereits ein NSU-Dokumentationszentrum vor Ort
68 plant. An diesem Ort, an dem sich die Täter*innen über Jahre lang verstecken
69 konnten und sich sicher fühlten, soll an die Opfer erinnert, das Geschehene
70 aufgearbeitet und Raum für politische Bildung geschaffen werden.

71 Für den Aufbau einer bundesweiten, mehrortigen Dokumentation und Erinnerung
72 braucht es eine dauerhafte und angemessene finanzierte Trägerstruktur in Gestalt
73 einer öffentlich-rechtlichen Stiftung. Die Gesetzgebung für diese
74 Stiftungsgründung muss noch vor der nächsten Bundestagswahl abgeschlossen
75 werden.

76 Die Aufarbeitung der Taten und das Gedenken an die Opfer ist eine Aufgabe von
77 Staat und Gesellschaft. Die Perspektive der Opfer und Angehörigen muss dabei
78 höchste Priorität haben und ihre Einbeziehung auf Augenhöhe sichergestellt sein.
79 Nur unter diesen Voraussetzungen kann ein gesamtgesellschaftlicher
80 Erinnerungsprozess gelingen und ein Dokumentationszentrum die notwendige
81 Akzeptanz erfahren.

82 Die Zahl der Betroffenen ist in NRW besonders hoch. Wir GRÜNE NRW setzen wir uns
83 deshalb für den Ansatz eines zentralen NSU-Dokumentationszentrums mit
84 zusätzlichen dezentralen Erinnerungsorten und Aufarbeitungsinitiativen ein. NRW
85 muss als Bundesland Teil dieser mehrortigen Standort-Suche sein.

86 Ein so strukturiertes Dokumentationszentrum zum NSU wäre ein wichtiges Zeichen,
87 dass die Betroffenen von Staat und Politik ernstgenommen werden, nachdem sie
88 lange stigmatisiert wurden. Mit einer dezentralen Verbundstruktur können bereits
89 bestehende Erinnerungsorte und Aufarbeitungsinitiativen abgesichert und
90 unterstützt werden, um so der Mehrortigkeit des NSU-Komplexes gerecht zu werden
91 und im Sinne der Opfer und Angehörigen ein Gedenken in der Nähe der Heimorte
92 zu ermöglichen. Dafür muss auch eine Berücksichtigung der Orte in NRW
93 sichergestellt sein.

94 Viele Opfer und Angehörige fühlen sich heute noch mit ihren Traumata und einer
95 teils finanziell-prekären Lage allein gelassen. Rassismuserfahrungen durch die
96 polizeiliche Ermittlung, mediale Diffamierung, soziale Stigmatisierung,
97 gesellschaftliche Ignoranz und staatliches Versagen wirken bis heute bei ihnen
98 als gewaltsame Erfahrungen nach. Deshalb sind umfassende psychosoziale Angebote
99 und finanzielle Entschädigungen für alle Betroffenen der NSU-Verbrechen wichtig.

100 Nichts kann das entstandene Leid ungeschehen machen. Doch Aufarbeitung,
101 Entschädigung und Erinnerung sind das Mindeste, was wir den Opfern, ihren
102 Angehörigen und zukünftigen Generationen schuldig sind. Nur so können wir dazu
103 beitragen, das verlorene Vertrauen in unsere Behörden und den Staat
104 wiederherzustellen und unserer Verantwortung gerecht zu werden.

Unterstützer*innen

Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen); Schahina Gambir (KV Minden-Lübbecke); Julia Höller (KV Bonn);
Lamya Kaddor (KV Duisburg); Franziska Krumwiede-Steiner (KV Mülheim); Katrin Lögering (KV
Dortmund); Hannah Rosenbaum (KV Dortmund); Ulle Schauws (KV Krefeld); Kathrin Henneberger (KV
Mönchengladbach); Helena Jamal (KV Essen); Dennis Nawrot (KV Gelsenkirchen); Yasemin van Heuvel
(KV Köln); Hans Schwanitz (KV Köln); Ilayda Bostancieri (KV Gelsenkirchen); Judith Eichen (KV Köln);
Sara Nanni (KV Düsseldorf); Katja Poredda (KV Köln); Sabine Jutta Müller (KV Köln); Florian Harms (KV
Köln); Jule Wenzel (KV Duisburg); Sabrina Buurmann (KV Köln); Martin Reiher (KV Köln); Judith
Erichlandwehr (KV Kleve); Martha Schuldzinski (KV Düsseldorf); Doris Keßler (KV Köln)